

Ä1 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Landesarbeitsgemeinschaft Sport

Beschlussdatum: 09.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 337 bis 339 einfügen:

Spielplätze, Sportplätze, Sporthallen, Schwimmbäder und Parks sind öffentliche Orte, an denen Menschen zusammenkommen und deren Zustand ein Indikator für den Zustand der

Von Zeile 357 bis 359:

Als Partei möchten wir noch näher dran sein. Dazu gehört, wichtige Formate wie Netzwerkkonferenzen Netzwerkveranstaltungen oder Bürger*innenberatungen zu relevanten Themen in der Fläche zu etablieren. Mit den Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" haben wir ein beispielhaftes und erfolgreiches Format geschaffen, mit dem wir zukünftig auch verstärkt Sportvereine im ländlichen Raum erreichen wollen.

Begründung

Mit unserer Veranstaltungsreihe der Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" haben wir ein Format etabliert, mit dem wir den Austausch mit dem organisierten Sport in Niedersachsen verstetigen konnten - da sind wir unseren politischen Mitbewerber*innen einen großen Schritt voraus. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir mit den Netzwerkkonferenzen "Sport & Grüne" bisher größtenteils Sportvereine aus dem urbanen Raum erreichen. Unsere Aufgabe muss es nun sein, auch im Sport noch mehr in den ländlichen Raum zu wirken. Mehr Infos unter <https://gruene-niedersachsen.de/4-netzwerkkonferenz-sport-gruene-in-niedersachsen/>.

Ä2 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 228 bis 230 einfügen:

Ökolandbaus mit seinem kreislauforientierten Düngereinsatz. Die Nachfrage nach Bio-Produkten werden wir weiter stärken. Im Niedersächsischen Weg ist auch die Forderung nach Biotopverbundsystemen angelegt. Damit soll nun endlich ernstgemacht werden. Die Schaffung von Biotopverbundsystemen muss mit personellen und finanziellen Ressourcen möglich gemacht werden.

Begründung

Biotopverbundsysteme sind entscheidend für den Schutz und den Erhalt der Biodiversität. Arten haben so die Möglichkeit, sich frei zu bewegen, sich fortzupflanzen und die genetische Vielfalt zu erhalten. Dies ist in Zeiten des menschengemachten Klimawandels besonders wichtig, da viele Arten gezwungen sind, ihre Lebensräume zu verlassen. Vernetzte Lebensräume bieten Rückzugsmöglichkeiten für bedrohte Arten und fördern ein gesundes Ökosystem, das in der Lage ist, sich an Veränderungen anzupassen. Sie sind somit widerstandsfähiger gegenüber Umweltveränderungen.

Biotopverbundsysteme fördern eine nachhaltige Nutzung von Flächen, indem sie die Einbettung von Naturschutz in landwirtschaftliche und auch städtische Planungen unterstützen. Das kann helfen, Konflikte zwischen dem Schutz der Natur und wirtschaftlichen Interessen zu verringern. Das Bewusstsein für den Naturschutz kann durch Bioverbundsysteme gestärkt werden, indem Erholungsräume entstehen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Bioverbundsystemen braucht es personelle und finanzielle Ressourcen. Es werden Fachkräfte in der Planung und Umsetzung benötigt, sowie finanzielle Mittel für die Schaffung und Pflege dieser Systeme.

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Jens Lohmeyer (KV Ammerland); Manfred Sell (KV Wittmund); Timo Lange (KV Wittmund); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Rainer Nölken (KV Wittmund); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Mareike Eschen (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Jens Polster (KV Celle); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Anna Hanses (KV Emsland); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Gerhard Thiel (KV Diepholz)

Ä3 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 221 bis 223 einfügen:

nicht mehr von außerlandwirtschaftlichen Investor*innen ausgestochen werden können. Fläche ist nur einmal vorhanden. Und mit den – wegen Bürokratieabbaus - eingeschränkten Umweltverträglichkeitsprüfungen insbesondere auch für die Wasserstoffinfrastruktur sollen z.T. unwiederbringliche Biotope geopfert werden (z.B. Voslapper Groden bei Wilhelmshaven). Wir Grünen fordern hier den Grundsatz ein, für Planungen von Industriegebieten zunächst Industriebrachen zu berücksichtigen.

Begründung

Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels und der Notwendigkeit, nachhaltige Entwicklung zu fördern, ist es entscheidend, dass wir innovative Ansätze zur Flächennutzung verfolgen. Industriebrachen sind oft bereits belastete Flächen, die weniger bis keine wertvollen Biotope beherbergen. Durch die Nutzung dieser Flächen können wir wertvolle Lebensräume, wie den Voslapper Groden in Wilhelmshaven, schützen und die Biodiversität erhalten.

Die Zerstörung von natürlichen Lebensräumen für industrielle Zwecke kann langfristige ökologische Schäden verursachen. Die Wiederverwendung von Industriebrachen fördert eine nachhaltige Flächennutzung, minimiert den Flächenverbrauch und kann die Belastungen für die Umwelt verringern, die mit der Erschließung neuer Flächen verbunden sind. Da sich die Flächen oft in urbanen Gebieten befinden, die bereits industrialisiert sind, kann die Nutzung auf eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz stoßen.

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Jens Lohmeyer (KV Ammerland); Manfred Sell (KV Wittmund); Timo Lange (KV Wittmund); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Rainer Nölken (KV Wittmund); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Mareike Eschen (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Angelika Uminski-Schmidt (KV Wolfenbüttel); Anna Hanses (KV Emsland); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund)

Ä4 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 17 bis 21:

Handwerksbetriebe, KMU und die Landwirtschaft ausübt, sowie die wachsenden Anforderungen des Klimaschutzes. ~~Oftmals fehlende Bildungs- und Kulturangebote, Vereinssterben und soziale Isolation verstärken zudem das Gefühl, abgehängt zu sein.~~ Inbesondere die gewachsenen Anforderungen durch Maßnahmen zum Klimaschutz empfinden zunehmend mehr Menschen auf dem Land als eine Belästigung und Bevormundung durch die Politik. Die „bequeme“ fossile Lebensweise mit Gasheizung, Holzofen und mittels Verbrenner betriebenen SUV vor dem Eigenheim, alles schwer erarbeitet und endlich abbezahlt, soll nun nicht mehr richtig sein. Da ist es leichter den Klimaleugnern zu glauben. Das zeigt sich auch mit den Wahlergebnissen in zahlreichen ländlichen Kommunen. Angesichts dieser Herausforderungen ist es entscheidend, maßgeschneiderte politische Lösungen zu entwickeln, die den ländlichen Raum stärken,

Begründung

Die Menschen in unseren Dörfern fühlen sich in zunehmendem Maße durch „die Politik“ belästigt. Vor allem von Grüner Politik und durch uns Grüne. Sie fühlen sich persönlich nicht abgehängt. Sie fühlen sich bevormundet oder gar bedroht, weil sie annehmen, wir wollen ihnen „ins Haus hinein regieren“. Dafür mögen sie uns nicht oder hassen uns sogar. Mehr als in den Städten wählen sie dann AfD, weil die Klimaleugner ihnen vorgaukeln, dass das fossile Leben fortgeführt werden kann.

Die Energiewende findet im ländlichen Raum statt. Auch die Wärmewende (zersiedelte Einfamilienhäuser statt dicht bewohnter Quartiere macht zentrale Wärmeversorgung komplizierter) und die Verkehrswende (die Ablösung des Individualverkehrs durch ausreichende öffentliche Verkehrsangebote und Sharing-Angebote ist erforderlich aber schwieriger) werden auf dem Land anders stattfinden als in den Städten. Das Gefühl, bevormundet zu werden, keine Veränderung zu wollen und dann auf „einfache Lösungen“ der Klimaleugner zu hoffen ist zunächst eine normale Reaktion auf Veränderungsdruck. Auf diese Reaktion müssen wir angemessen reagieren.

Natürlich brauchen wir Klimaschutz, Energie- Wärme- und Verkehrswende auch auf dem Land. Genau deshalb brauchen wir auch das Verständnis dafür, dass es diese wahrgenommene Bedrohung bzw. Bevormundung gibt und nicht ein Gefühl des abgehängt-seins im Vordergrund steht (siehe [1]). Das ist wichtige Voraussetzung dafür, grüne Politik als hilfreich für „Gutes Leben auf dem Land“ erkennbar machen zu können. Und es ist Voraussetzung dafür, „Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume“ deutlich und unterscheidbar zu den Wegen (soweit vorhanden) anderer Parteien machen zu können. Damit wir ehrlich und glaubwürdig und im Bündnis mit anderen unsere Ziele und Wege vertreten können und dafür dann auch gewählt werden. Deshalb schlagen wir vor, den betreffenden Satz zu ersetzen. „Grüne Wege für ländliche Räume“ müssen erkennbar und unterscheidbar gemacht werden: für Wärmewende und Energiewende, soziale Gerechtigkeit und Daseinsvorsorge, Angebote für die Jugend, Natur- und Artenschutz. Zu einzelnen Punkten wird es weitere Anträge geben.

[1]: Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024, Zusammenfassende Analyse der Lebensverhältnisse, S. 122ff.

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Jens Lohmeyer (KV Ammerland); Manfred Sell (KV Wittmund); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Anna Hanses (KV Emsland); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Anette Kraft (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Gerhard Thiel (KV Diepholz); Rainer Nölken (KV Wittmund)

Ä5 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 152 bis 154 einfügen:

Erneuerbare Energien - Booster und auch Belastung für die ländlichen Räume

Von Zeile 162 bis 164 einfügen:

entstehenden Wertschöpfungsketten bringen weitreichende positive Effekte für die Kommunen vor Ort. Es gibt für einige Kommunen an der Küste aber auch massive Einschränkungen der Planungsmöglichkeiten durch die Offshore-Anbindungssysteme, die ausgeglichen werden müssen.

Von Zeile 179 bis 181:

regenerative Wärmeversorgung etwa durch Kraft-Wärme-gekoppelte Biogasanlagen, durch Geothermie oder Power-to-heat in der Regel manchen Fällen leichter umsetzbar als in städtischen Ballungsräumen. Mit der Förderung von Wärmepumpen, von kommunalen

Begründung

Die ländlichen Räume – insbesondere der Nordwesten der Republik - sind die Träger*innen der Energiewende. Neben den Wind- und Solarparks, von denen die Kommunen nun dank der Landesregierung profitieren, bündeln sich hier die Trassen für die Anbindung der Offshore Windkraftanlagen (Offshore-Netzanbindungssystem ONAS). Hier befinden sich auch die Kernelemente der Wasserstoffinfrastruktur (Elektrolyseure für die Produktion, Kavernen für die Speicherung, Trassen für den Transport von Wasserstoff in die gesamte Republik).

Die Jahre und teils Jahrzehnte dauernden Großbaustellen für den Transport von Offshore-Strom und die Speicherung von Wasserstoff belasten den ländlichen Raum in Niedersachsen, insbesondere den Nordwesten, erheblich. Zu der direkten Belastung aus Baustellen und Lastverkehr kommen Bodenabsenkungen sowie die Unmöglichkeit der Planung anderer lokaler infrastruktureller Maßnahmen z.B. für den ökologischen und den sozialen Bereich.

Es braucht deshalb zumindest einen Nachteilsausgleich für die besonders betroffenen Gemeinden. Diese Forderung entspricht dem Beschluss der LDK Gifhorn 2024 (siehe [1]). Die Wertschöpfung findet im Wesentlichen eben nicht in der Region vor Ort statt! Sie findet dort statt, wo die Energie hin transportiert wird, wo produzierende Unternehmen ihre Gewerbe- und Körperschaftssteuer, sowie deren Mitarbeiter:innen ihre Einkommens- und Lohnsteuer zahlen. Vor Ort im ländlichen Raum werden für den Bau der Offshore-Trassen und die Speicherung von Wasserstoff nur sehr wenige Arbeitsplätze geschaffen, die besitzenden und betreibenden Unternehmen bzw. Konzerne sind meist keine lokalen Firmen. Um die Nachteile für Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus auszugleichen braucht es deshalb reale Vorteile für die gesamte Region.

Darüber hinaus ist die regenerative Wärmeversorgung, anders als der Antrag suggeriert, im ländlichen Raum nicht einfacher umsetzbar als in städtischen Ballungsräumen. Die zersiedelte ländliche Struktur mit Außenbereichen sowie mit Wohngebieten aus überwiegend Einfamilienhäusern lässt zentrale Wärmeversorgung kaum zu und verhindert das Interesse von öffentlichen und privaten Investoren. Jeder und jede einzelne wird sich selbst kümmern müssen.

[1]: „Nachteilsausgleich für den Ausbau der Offshore Netzanbindungssysteme ONAS“, Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz am 02./03.11.2024 in Gifhorn

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Timo Lange (KV Wittmund); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Rainer Nölken (KV Wittmund); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Mareike Eschen (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Gerhard Thiel (KV Diepholz)

Ä6 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 147 bis 149 einfügen:

Finanzierungsmodelle und politische Unterstützung. Zudem sind Mobilität und Digitalisierung entscheidend, um kulturelle Angebote zugänglich zu machen. Jugendliche vom Land brauchen neben der freien Mobilität Anreize, um kulturelle Angebote auch in den umliegenden Städten zu nutzen. Wir machen uns in Niedersachsen stark für einen Jugendpass im 16. Lebensjahr. Ein vielfältiges, ortsbezogenes Bildungsangebot stärkt demokratische Strukturen und

Begründung

Die wichtigsten Nachteile, die Jugendliche auf dem Land gegenüber ihren städtischen Kolleg*innen reklamieren, sind Mobilität und kulturelle Angebote. Viele Kinder engagieren sich in Sportvereinen und bei der Feuerwehr. Aber ab einem Alter von etwa 12 oder 13 Jahren meiden dann viele die Sportvereine und suchen sich andere Interessengebiete (siehe: [1]). Da auf dem Land das Angebot dafür begrenzt ist, bleibt oft nur das Chillen mit Freund*innen zuhause und Spiele oder Social Media auf dem Smartphone. Um einen Anreiz für andere kulturelle Bereiche zu geben, braucht es Angebote an den Schulen und eine Förderung von Angeboten auch außerhalb der bisherigen Wohlfühlzone.

[1]: Konsenspapier „Runder Tisch Bewegung und Gesundheit“, Bundesministerium für Gesundheit vom März 2024

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Jens Lohmeyer (KV Ammerland); Rainer Nölken (KV Wittmund); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Mareike Eschen (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Anna Hanses (KV Emsland); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Anette Kraft (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Amalien Meyer (KV Stade)

Ä7 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: Eberhard Hoffmann (KV Wittmund)

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 72 bis 74 einfügen:

stoppen. Auf Bundesebene unterstützen wir ausdrücklich den Erhalt des Deutschlandtickets. Für Jugendliche fordern wir vom Land Niedersachsen eine Lösung, damit die Aufnahme des Schienenverkehrs in die freien Jugendtickets der Verkehrsverbünde für alle Landkreise bezahlbar wird.

Begründung

Wir haben die Jugend in Teilen verloren. Das liegt nicht nur an Tiktok, sondern auch daran, dass wir zu wenig grüne und nachhaltige Angebote an die Jugend machen. Die Verkehrswende wird von den heute Jugendlichen getragen werden. In den Städten läuft das schon, aber auf dem Land noch zu wenig. Das Deutschlandticket ist als Angebot für Jugendliche zu teuer. In einigen Verkehrsverbänden auf dem Land bekommen die Jugendlichen statt der Schüler*innenkarte für den Schulverkehr nun ein freies Jugendticket. Damit können sie sich im Verkehrsverbund frei und kostenlos bewegen und tun das auch zunehmend.

Es gibt in Niedersachsen 19 Verkehrsverbünde. 5 davon mit, aber 14 ohne SPNV Integration. Bei den Verkehrsverbänden ohne Integration des SPNV sind damit aber nur die Busverkehre innerhalb des Verkehrsverbundes möglich. So können Schüler*innen Kultur- und Freizeitangebote in den naheliegenden Städten per Zug nicht günstig nutzen. Es braucht deshalb eine landesweite Lösung, die Integration des Zugverkehrs in die freien Schüler:innen- bzw. Jugendtickets für die Landkreise bezahlbar macht.

Unterstützer*innen

Ulrike Maus (KV Wittmund); Birgit Hasselberg (KV Wittmund); Thomas Hasselberg (KV Wittmund); Hans Wijering (KV Wittmund); Jana Manthey (KV Wittmund); Jens Lohmeyer (KV Ammerland); Alexander von Fintel (KV Wilhelmshaven); Rainer Nölken (KV Wittmund); Joachim Obertriffter (KV Wittmund); Ute Obertriffter (KV Wittmund); Antje Kloster (KV Wilhelmshaven); Jan Lukas Hartmann (KV Wilhelmshaven); Mareike Eschen (KV Wilhelmshaven); Andrea Hell (KV Stade); Jens Polster (KV Celle); Fabian Böttcher (KV Wilhelmshaven); Anna Hanses (KV Emsland); Maria Angela Sanchez Fernandez (KV Harburg-Land); Hans Hajo Janßen (KV Wittmund); Annette Janßen (KV Wittmund); Wolfgang Schuy (KV Wittmund); Annika Fisahn-Kratz (KV Wilhelmshaven); Fabian Kloster (KV Wittmund); Anette Kraft (KV Wittmund); Karen Hohn (KV Wittmund); Gerhard Thiel (KV Diepholz); Amalien Meyer (KV Stade)

Ä8 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 12.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 80 bis 82:

der Installation und Wartung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien oder neue Haustechnik: Klimaschutz braucht starkes Handwerk mit genügend ~~gut~~ motivierten und in der Nutzung regenerativer Techniken ausgebildeten Fachkräften in der Fläche. Zur Stärkung der ländlichen Räume haben

Begründung

Die Änderung adressiert die Problematik, dass häufig ein gewisses Unwissen über die Potenziale erneuerbarer Techniken bei Handwerkenden besteht. So werden beispielsweise nach wie vor vielerorts irrational Gaskessel installiert, ohne auf funktionale EE-basierte Alternativen zurückzugreifen. Daher sollten Handwerkende speziell in erneuerbaren Techniken geschult sein und am besten auch gewillt dazu, diese in der Fläche zu implementieren.

Ä9 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 12.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 154 bis 161:

~~Der Ausbau der erneuerbaren Energien~~ Die Energiewende ist ein Konjunkturprogramm für die ländlichen Räume. Allein etwa für den Landkreis Rotenburg beziffert die Deutsche Windguard das regionale Wertschöpfungspotenzial durch den Ausbau der Windenergie auf 1,1 Milliarden Euro bis in das Jahr 2040. Das Offshore-Industriezentrum in Cuxhaven, die H2-Region Emsland, das Salcos-Projekt der Salzgitter AG, ~~die geplante Gigawatt-Solarfabrik in Wilhelmshaven~~ und vieles mehr: Diese Beispiele zeigen: Die Erneuerbaren Energien sind der Motor der regionalen Entwicklung. Die neu

Begründung

Der Ausbau von EE (vor allem Wind und PV) ist nur ein kleiner Bestandteil der Energiewende. In Gänze ist letztere ein wesentlich umfangreicheres Konjunkturprogramm für die ländlichen Räume.

Das Wertschöpfungspotenzial muss konkretisiert werden, um den Satz verständlich zu machen. Die 1,1 Mrd. € beziehen sich auf den Zeitraum bis 2040.

Eine Gigawatt-Solarfabrik zur Produktion von PV-Modulen in Wilhelmshaven ist unseres Wissens nicht geplant. Es handelt sich vermutlich um einen Verweis auf einen geplanten Megawatt-Solarpark zur Erzeugung elektrischer Energie. Da wir das nicht abschließend klären konnten und Wilhelmshaven ferner auch nicht ländlicher Raum im engeren Sinne ist, haben wir uns für die Streichung entschieden.

Ä10 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 13.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 166 bis 168:

Bürger*innen an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien zur Pflicht gemacht: Eine einzige Windkraftanlage mit fünf Megawatt kann so jährlich ~~45~~etwa 40.000 Euro in die kommunalen Kassen spülen – zum Wohle der Bürger*innen in den Dörfern und Kleinstädten.

Begründung

Ohne Konkretisierung ist der Betrag nicht nachvollziehbar: Eine Anlage mit 7 Megawatt Leistung kann potenziell höhere Beiträge generieren, während die meisten Anlagen wesentlich weniger Erträge generieren. Auch wenn die 45.000 Euro von der Website des MU stammen, führt er im Kontext des Antrags für Verwirrung, da die Summe hier nicht in weitere Informationen eingebettet ist.

Ä11 Lebensqualität vor Ort: Grüne Wege für wirtschaftlich stabile und attraktive ländliche Räume

Antragsteller*in: LAG Energie

Beschlussdatum: 12.03.2025

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 232 bis 237:

~~Auch~~ Maßnahmen ~~des Klimaschutzes sind für die~~ den Klimaschutz können im Konflikt mit der Landwirtschaft ~~keineswegs konfliktfrei stehen~~: Freiflächen-PV steht in Konkurrenz zur landwirtschaftlichen Nutzung der Fläche, ~~neue Höchstspannungsleitungen~~ dasselbe gilt für den Netzausbau - auch ~~wenn sie unterirdisch verlegt werden – beeinträchtigen die Nutzung bei unterirdischen Kabeln~~. Die Wiedervernässung von Mooren macht zumindest die bisherige Form der Landnutzung auf den vernässten Flächen

Von Zeile 239 bis 242:

Landesebene haben wir deshalb im niedersächsischen Klimagesetz den Grundsatz verankert, dass Flächen mit mehr als 50 Bodenpunkten ~~nicht für Freiflächen~~ ausschließlich mit Agri-PV in Anspruch genommen belegt werden ~~sollen können~~. Bei der Wiedervernässung legen wir einen starken Fokus vor allem auf jene 16% der niedersächsischen Hochmoore, die zwar

Begründung

Wir sollten keinen Konflikt zwischen Klimaschutzmaßnahmen und Landwirtschaft herbeischreiben. Es besteht lediglich die Möglichkeit, dass ein Zielkonflikt auftritt.

Grundsätzlich kann der Netzausbau auf allen Spannungsebenen die Landwirtschaft beeinträchtigen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum man sich hier nur auf Höchstspannungsleitungen beziehen sollte.

Wir schlagen bei den Bodenpunkten eine positive Formulierung vor. Auf Flächen, auf denen Freiflächen-PV aus gutem Grund nicht möglich ist, kann dennoch die Belegung mit Agri-PV geprüft werden.